

# Zürich

## Tumulte befürchtet

Während sich Ex-Sportstar Imran Khan als Wahlsieger in Pakistan sieht, spricht die Regierungspartei offen von Manipulation. **SEITE 19**

## Facebook schwächelt

Weil das grösste Online-Netzwerk die Prognosen bei Umsatz und Nutzerzahlen verfehlt hat, ist der Börsenwert gesunken. **SEITE 21**



# Der Kanton will sie nicht anstellen

**SCHULE** Lehrer für Deutsch als Zweitsprache sind bei den Gemeinden angestellt. Um den heutigen «Wildwuchs» zu vereinheitlichen, wünschen sie sich eine kantonale Anstellung. Die Kantonsratskommission ist aber dagegen.

Lehrerinnen und Lehrer für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind häufig die ersten Kontaktpersonen, die Flüchtlingskinder im Schweizer Schulsystem antreffen. DaZ-Lehrer helfen aber nicht nur ihnen beim Schuleinstieg, sondern verhindern auch, dass Kinder von Expats wie stumme Fische im Klassenzimmer sitzen müssen. Obwohl Lehrer, die über ein Klassenlehrdiplom und eine DaZ-Zusatzausbildung verfügen, längst zur Regelschule gehören, sind sie im Kanton Zürich kommunal angestellt. Damit sind sie Therapeuten ohne Lehrtitel gleichgestellt, etwa Logopäden.

Um dies zu ändern, haben vor gut zwei Jahren Monika Wicki

(SP, Wald), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) und Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht. Diese verlangt die kantonale Anstellung von DaZ-Lehrpersonen.

### «Patchwork»-Anstellung

Tatsache sei heute, dass viele DaZ-Lehrpersonen nebenbei noch Musik oder Englisch unterrichten und somit zugleich kommunal und kantonale angestellt seien. Dies sagt Marianne Sigg, Präsidentin des Vereins Zürcher Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache, der am Vorstoss mitgearbeitet hat. Sind die Lehrerinnen in mehreren Gemeinden tätig, erhalten sie oft unter-

schiedliche Löhne. Solche «Patchwork»-Anstellungen seien keine Ausnahme, sondern der Normalfall, sagt Sigg. Das kann zu Problemen führen, weil gewisse Gemeinden nicht wie der Kanton bei der Pensionskasse BVK angeschlossen sind.

Ohne kantonale Kontrolle herrsche in den Gemeinden Wildwuchs, sagt Sigg. Sowohl bei den Löhnen als auch bei den Deutschstunden und Aufnahmeklassen, die bewilligt werden. Zudem unterrichteten manche Lehrer zu lange ohne DaZ-Diplom. Dieses sollte spätestens nach drei Jahren absolviert werden. Ohne Kontrolle könne diese Vorschrift aber durch einen Stellenwechsel umgangen werden.

Wie wenig Anerkennung die DaZ-Lehrkräfte erhalten, zeigt sich auch darin, dass unklar ist, wie viele von ihnen im Kanton tätig sind. «Lange gingen wir von

900 Lehrpersonen aus, dann zeigte sich kürzlich dass es eher 1600 sind», sagt Sigg.

Das Anliegen der DaZ-Lehrer hat kürzlich einen Rückschlag erlitten. Die parlamentarische Initiative wurde Anfang Juli mit 8 zu 6 Stimmen von der zuständigen Kantonsratskommission abgelehnt. Obwohl sie im Verlauf der Beratung noch dahingehend angepasst wurde, dass der Kanton – wie bei Klassenlehrern auch – 20 Prozent des Lohnes finanzieren müsste. Damit sollten die Gemeinden an Bord geholt werden.

### 13 Millionen mehr pro Jahr

Die Kommissionsmehrheit sieht keinen Grund für eine erneute Gesetzesänderung, nachdem erst 2013 Lehrpersonen mit Kleinstpensen kantonalisiert wurden. Bereits damals sei ein Minderheitsantrag, der die DaZ-Lehrer einbeziehen wollte, abgelehnt

worden, schreibt die Kommission. Weiter müssten wohl manche DaZ-Lehrer mit Lohnnebenbussen rechnen, wenn der Kanton übernehme.

Marianne Sigg lässt diese Gründe nicht gelten: «2013 wurden sogar Schwimmlehrerinnen kantonalisiert», sagt sie. Ihr gehe es um die Gleichbehandlung der Lehrpersonen: «Was mit den DaZ-Lehrkräften passiert, wird einfach dem Zufall überlassen.»

Schliesslich befürchtet die Kommission Mehrkosten. So argumentiert auch der Regierungsrat, der die Meinung der Mehrheit stützt. Er rechnet mit 300 000 bis 400 000 Franken zusätzlichen Administrationskosten und 13 Millionen Lohnkosten jährlich. Da die Vertreter von SVP, FDP, CVP und GLP in der Kommission gegen den Vorstoss gestimmt haben, dürfte er es im Plenum schwer haben. *Katrin Oller*

«Was mit den DaZ-Lehrkräften passiert, wird einfach dem Zufall überlassen.»

Marianne Sigg, Präsidentin des Vereins Zürcher Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache

# Die Hafen-Idee hat es seit Jahrzehnten schwer

**TIEFENBRUNNEN** Das Ufergebiet zwischen Zürichhorn und der Stadtgrenze zu Zollikon gilt seit knapp 40 Jahren als «ästhetisch unbefriedigend». Die Vorgängerideen ähnelten dabei allesamt den aktuellen Marina-Plänen.

Der Hafen bei Tiefenbrunnen entstand vor knapp 40 Jahren. 1979 widmete die «Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieure» dem Umschlaghafen ein Sonderheft. Die einleitenden Worte sind noch heute aktuell: «In Zürich hat sich das Ufergelande zwischen Bahnhof Tiefenbrunnen und Stadtgrenze gegen Zollikon seit mehreren Jahrzehnten zu einer ästhetisch unbefriedigenden Industrie- und Werkplatzlandschaft entwickelt.» Der Hafen diente auf einer Uferlänge von gerade mal 500 Metern dem Umschlagbetrieb des Kies- und Betonwerks der Kibag AG. Zudem konnte durch die Neuordnung des Uferbereichs eine Parkanlage für die Öffentlichkeit realisiert werden.

Mit ähnlichen Worten präsentierte der Stadtzürcher Hochbauvorsteher André Odermatt (SP) Mitte Juli das Gewinnerprojekt für die «Marina Tiefenbrunnen», die – falls es keine Einsprachen gibt – bis 2023 realisiert werden soll. Eine 150 Meter lange und etwa 15 Meter breite Mole in den See hinein bildet das Herzstück des geplanten Hafens. Neben 400 Wasser- und 150 Trockenplätzen für Boote sind auch ein Wassersportzentrum sowie ein Restaurant an Land sowie ein Gastrostützpunkt auf dem Pier geplant.

### Schilfröhli-Club war dagegen

Weil die Bootsplätze im Zürcher Seebecken in Tiefenbrunnen konsolidiert werden sollen, entstehen mit dem Marina-Projekt keine neuen Bootsplätze auf dem Zürichsee. In einer zweiten Projektphase ab 2025 wird der angrenzende Park vergrössert. Weil die Wasserschutzpolizei innerhalb des Hafens umzieht, gibt es Platz für Grünfläche.



Der heutige Hafen bei Zürich-Tiefenbrunnen entstand 1979 als Umschlagplatz der Kibag AG.

Foto: Keystone

2009 taucht die Idee eines Hafens in Tiefenbrunnen offiziell im «Leitbild Seebecken» auf. Diese Idee ist jedoch beinahe so alt wie der ursprüngliche Ausbau am rechten Zürichseeufer. So hatte der Zürcher Stadtrat schon Anfang der 1980er-Jahre eine Hafenanlage für rund 200 Boote vorgesehen. Der Steg hätte durch eine vier Meter breite und begehbare Betonmole vom Wellengang des Sees geschützt werden sollen. Die Mole war als Verbindungsstück zu den natürlichen Uferpartien geplant. Zudem wäre eine neue Schiffsanlegestelle für die Schifffahrtsgesellschaft angedacht gewesen.

Im April 1989 begrub die Stadtverwaltung das Bootshafen-Vorhaben jedoch. Der Verband zum Schutze des Landschaftsbildes

am Zürichsee (VSLZ), auch Schilfröhli-Club genannt, hatte sich mit dem Heimatschutz und dem Quartierverein Riesbach gegen die Pläne eines Bootshafens und alle alternativen Ideen gestellt. Sie kritisierten vor allem die unzureichende Verkehrerschliessung des geplanten Hafens, die ungeklärte Parkplatzfrage und die unzureichende ästhetische Einordnung des Hafens ins bestehende Landschaftsbild.

### Finanzen als Knackpunkt

Bereits 1986 wies der Zürcher Gemeinderat eine Hafen-Vorlage des Stadtrates zurück. Das Parlament begründete den Entscheid damit, dass ein «bescheidenes Projekt» ausgearbeitet werden solle, das von der Stadt selber gebaut und betrieben werden kön-

ne. Zudem forderten sie eine Fussgänger Verbindung zwischen dem Strandbad Tiefenbrunnen und der Parkanlage gegenüber dem Bahnhof.

Die Rückweisung aus dem Parlament erinnert an die nun jüngsten Versuche, das Ufergebiet bei Tiefenbrunnen aufzuwerten. Als Grundlage des Leitbilds Seebecken wurde 2010 vom Stadtrat und 2011 vom Regierungsrat der Masterplan «Entwicklungsplanung Marina Tiefenbrunnen» verabschiedet.

Das damalige Projekt umfasste wie das kürzlich vorgestellte Modell einen Hafen mit Wassersportzentrum, eine verbreiterte Mole, eine erweiterte Parkanlage und gastronomische Angebote. Das Vorhaben wurde 2012 respektive 2013 sistiert, weil die

Stadt nicht in der Lage war, das 90-Millionen-Franken-Projekt zu realisieren.

### Parlament berät 2019

Deshalb wurde in den vergangenen fünf Jahren mit noch knapp einem Drittel budgetiert. Das nun vorgestellte Marina-Projekt kostet rund 35 Millionen Franken. Für den Ausbau des Hafens Tiefenbrunnen soll eine aus Verwaltung und Privaten bestehende Aktiengesellschaft gegründet werden, die das Ganze zu gleichen Teilen finanziert.

Ob sich die jüngste Hafen-Idee bewährt oder wie die Vorgängerprojekte Schiffbruch erleidet, zeigt sich spätestens 2019. Dann legt der Stadtrat dem Gemeinderat drei Weisungen zur Beratung vor. *Lina Giusto*

# Marchionne über ein Jahr in Behandlung

**TODESFALL** Das Unispital äussert sich erstmals zum Tod des ehemaligen Fiat-Chrysler-Chefs Sergio Marchionne.

Sergio Marchionne hat sich vor seinem Tod über ein Jahr lang immer wieder im Universitätsspital Zürich (USZ) behandeln lassen. Das Spital bestätigte gestern, dass der langjährige Fiat-Chrysler-Chef Patient am USZ war. Es reagierte damit auf diverse Medienberichte.

Das Spital schrieb in der Mitteilung von einer «schweren Erkrankung». Obwohl sämtliche Möglichkeiten der Spitzenmedizin ausgeschöpft worden seien, sei Marchionne leider verstorben. «Wir bedauern seinen Tod ausserordentlich und drücken der Familie unser tiefstes Beileid aus.»

### Berufung auf Arztgeheimnis

Am Mittwoch hatte Fiat den Tod des 66-jährigen italo-kanadischen Managers bekannt gegeben. Nach einer Schulteroperation sei es zu unerwarteten Komplikationen gekommen, die sich verschlechtert hätten, hatte es in einer ersten Begründung geheissen. Medien berichteten später, Marchionne habe an einer Krebserkrankung gelitten, operiert worden sei er wegen eines Sarkoms an der Schulter.

Zur Art der Erkrankung gab das Unispital keine Details bekannt. Das Arztgeheimnis habe einen hohen Stellenwert für das USZ, hiess es in der Mitteilung. Die Orientierung über den Gesundheitszustand sei Sache der Patientinnen und Patienten oder deren Angehörigen.

Aus diesem Grund habe das USZ bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Stellung zur Hospitalisierung und Behandlung von Sergio Marchionne genommen. Die jetzige Stellungnahme erfolgte gemäss den Angaben, um weitere Medienspekulationen zu vermeiden. *sda*